

# Demo für faire Einkommen

7.000 Beschäftigte der Sozialbranche demonstrierten am 30. Jänner 2013 in Wien, St. Pölten, Linz, Graz und Klagenfurt.

Für faire Einkommen demonstrierten 7.000 Beschäftigte aus dem Sozial- und Pflegebereich am 30. Jänner in mehreren österreichischen Städten. Allein in Wien zogen über 3.000 Menschen über den Ring zur Abschlusskundgebung am Ballhausplatz. In Linz waren es 2.200, in Graz 600, in Klagenfurt 450 und in St. Pölten 400. Achtzig Prozent der Beschäftigten in der Branche sind Frauen. Die Mehrheit arbeitet Teilzeit, sehr viele Organisationen und Betriebe aus dem Sozialbereich bieten keine Vollzeitarbeit an.

30-Stunden-Jobs mit relativ niedrigen Stundenlöhnen – das führt dazu, dass immer mehr Beschäftigte mit ihrem Einkommen kaum auskommen. Neben einem Reallohnplus verlangen die Gewerkschaften auch Verbesserungen bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

Am 4. Februar 2013 um 23.00 Uhr einigten sich die VertreterInnen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften GPA-djp und vida darauf, dass die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Mindestgrundgehälter im privaten

Gesundheits- und Sozialbereich mit 1. Februar 2013 um 2,75 Prozent steigen. Höhere Löhne und Gehälter sowie alte Lohn- und Gehaltstabellen werden um 2,7 Prozent erhöht. Damit wurde erstmals ein Kollektivvertragsabschluss der Globalrunde im Sozialbereich für Beschäftigte in der Sozialwirtschaft Österreich (vormals BAGS), der Diakonie und den karitativen Einrichtungen der katholischen Kirche erzielt.

Mehr Infos unter:  
[www.vida.at](http://www.vida.at) und [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



vida-Vorsitzender Gottfried Winkler: „Viele Arbeitgeber aus der Branche sind in der Armutsbekämpfung aktiv. Vergesst dabei nicht auf eure Beschäftigten. Zu niedrige Einkommen machen arm.“



GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian: „Schon jetzt liegen die Einkommen im Sozial- und Pflegebereich um 18 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen.“



Nachdem die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 120.000 Angestellten im Sozial- und Gesundheitsbereich Ende Jänner unterbrochen worden sind, gingen die Beschäftigten auf die Straße.



Vor dem Bundeskanzleramt am Ballhausplatz fand schließlich die Schlusskundgebung der Demonstration für bessere Einkommen im Pflege- und Sozialbereich statt.